

Wiesbadener Tagblatt.

18. Jahrgang.

Erscheint in zwei Ausgaben. — Bezugs-Preis: durch den Verlag 50 Pfg. monatlich, durch die Post 1 Mk. 60 Pfg. vierteljährlich für beide Ausgaben zusammen.

Verlag: Langgasse 27.

17,000 Abonnenten.

Anzeigen-Preis:

Die einseitige Zeile für lokale Anzeigen 15 Pfg., für auswärtige Anzeigen 25 Pfg. — Reclamen die Zeile für Wiesbaden 50 Pfg., für Auswärts 75 Pfg.

Anzeigen-Aannahme für die Abend-Ausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgen-Ausgabe bis 3 Uhr Nachmittags. — Für die Aufnahme später eingereicherter Anzeigen zur nächstfolgenden Ausgabe wird keine Gewähr übernommen, jedoch nach Möglichkeit Sorge getragen.

No. 141.

Fernsprecher No. 52.

Samstag, den 24. März.

Fernsprecher No. 52.

1900.

Abend-Ausgabe.

Für das 2. Quartal 1900

auf das

„Wiesbadener Tagblatt“

zu abonnieren, findet sich Gelegenheit im Verlag Langgasse 27, bei den Ausgabestellen, den Zweig-Expeditionen in den Nachbarorten und sämtlichen Deutschen Reichspostanstalten.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 23. März.

Das Haus ist ungemein schwach besetzt. Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung des Gesetzes, betreffend die Patentanwälte. Abg. Schmidt-Frankfurt a. M. (Soz.) meint, dieses Gesetz schaffe zwar wiederum eine neue privilegierte Klasse, aber er freue sich, daß es wenigstens gelungen sei, einige Härten aus dem Gesetze herauszuschaffen. Uebrigens sei ja von der Reichsregierung versichert worden, daß der Mangel einer Patentanwaltskammer nur ein Provisorium sein soll. — Abg. Kirch (Centr.) entnimmt aus den Worten des Vorredners, daß dessen Partei für das Gesetz Stimme und erklärt das Gleiche bezüglich seiner Freunde. — Abg. Müller-Duisburg (nat. lib.) stimmt ebenfalls für das Gesetz und hofft, daß es gelingen möge, den Patentanwaltsstand zu sanieren. — Abg. Hoffmeister (freis. Ber.) befürchtet, daß die Vorschriften über die theoretische Vorbildung dieser Gewerbebranche sich zuwenden würden, denn die Vorbildung sei eine zu zeitraubende. Es würde also ein Mangel an Patentanwälten zu befürchten sein. — Abg. Dertel-Sachsen (kons.) theilt mit, daß seine Freunde das Gesetz annehmen, obwohl sie den geltenden Bestimmungen nicht billigen könnten. Derselbe sei mindestens überflüssig. — Abg. Liebermann (Antif.), dessen Neulich im „Vorwärts“ mitgetheilten lyrischen Wiedergerich der Abg. Meine als Beitrag zur lex Heinze verwerflich habe, bemerkt, diese Gedichte seien einem Gullus „Babel“ aus der Granderzeit entnommen und müßten also in diesem Zusammenhang verstanden werden. Der Gullus schließt mit den Worten: „Möchte sie Alle der Teufel holen“, und damit schließt auch ich. (Große Heiterkeit.) Das Gesetz wird in der getrennten Beschlussefassung angenommen. Auch das Gesetz, betreffend Bestrafung der Entziehung elektrischer Kraft, wird definitiv in dritter Lesung genehmigt. Es folgen Petitionen. Zunächst wird die kürzlich begonnene Beratung fortgesetzt über eine Petition, betreffend Wiedereinführung der Prügelstrafe. Die Kommission beantragt Uebergang zur Tagesordnung, wogegen Abg. Dertel (kons.) Ueberweisung als Material an den Reichsanwalt beantragt. — Abg. Beck (freis. Volksp.) verneint den Erziehungswert von Prügeln und betont die Gefahren einer Ueberschreitung der richtigen Grenzen, und wenn man auf Messerhiebe hinweise, ja, wolle man denn eine Robheit mit einer anderen Robheit lösen? — Abg. Himmberg (kons.): Die Segner des Antrags, zu denen ich noch der neuartigen Rede des Herrn Gröber das Centrum nicht rechne, behandeln die Frage zu theoretisch, sie stellen sich die Menschen nicht vor, wie sie sind, sondern machen sie sich besonders zurecht. Es gibt Subjekte, welche durch nichts Anderes als durch Prügel bestraft werden können, weil sie jeder anderen Einwirkung einer Strafe unzugänglich sind. Herr Gröber war wohl nicht mit ganzem Herzen bei der Sache, er suchte nach Gründen gegen den Antrag Dertel. Jedenfalls gebe ich den Kollegen Gröber und das Centrum noch nicht auf. Es handelt sich hier nicht um eine Parteifrage. Die Sozialdemokraten dürfen nicht gehauen werden, die Anderen können tüchtig gehauen werden. (Heiterkeit) Früher waren die Sachverständigen, die Anstaltsdirektoren, Staatsanwälte, Richter, auch die freisinnigen Richter, für die Prügelstrafe. Die Mehrheit im Volke ist auch heute für die Prügelstrafe. (Widerspruch.) Das ist eine Folge der Zunahme der Robheiten halb-erwachsender Burlesken. Ich erinnere nur an die Verhummelung der Statuen in der Siegesallee, an die schrecklichen Verletzungen von Fremdenpersonen. Auf solche Verbrecher macht nur die Prügelstrafe einen abschreckenden Eindruck. Eine Verschärfung der Freiheitsstrafe würde gar nichts nützen. Geschlagen sollen nur Menschen werden, die sich selbst außerhalb der Menschenwürde stellen. Verboten kann die Strafe nicht auf Beamte wirken, die nur ihre Pflicht thun. Man könnte ja auch eine Prügelmaschine anwenden. Die Strafe müßte dann allerdings möglichst schnell der That folgen. Schon die Möglichkeit der Prügelstrafe würde zu einer Verminderung der Robheiten führen. Unsere Strafvergebung hat viel zu sehr auf das Individuum Rücksicht genommen. Ich hoffe, die Prügelstrafe wird sehr bald eingeführt werden, zum Nutzen der Allgemeinheit. (Beifall rechts.) — Abg. Ebel (Soz.): Die Rechte hat gegen soziale Uebelstände nur die schärfsten Gewaltmaßregeln in Bereitschaft. Im Osten werden ja die Arbeiter heute schon brutal behandelt mit Zuhilfenahme der wunderschönen Dienstboten-Ordnung. Die Prügelstrafe ist jetzt noch leider, nicht nur in Preußen, Disziplinarstrafe. Man sollte sich doch mit der Freiheitsstrafe begnügen. Ich habe 1. J. 2 Monate in der Strafanstalt Plöckensee zubringen müssen. Ich war als schwächlicher Gefangener zur Krankenstube zugelassen, aber trotz derselben war ich nach den zwei Monaten körperlich so heruntergekommen, daß ich förmlich vor mir erfiel. Ich wundere mich gar nicht, daß eine ganze Reihe von Genossen die Gefängnisse als Todesanstalten verlassen. Es ist feststehende Thatsache, daß sechs Jahre Zuchthaus genügen, einen Gefangenen körperlich zu ruinieren. Als das Verbrechen für die koloniale Entwicklung hat selbst unser Kolonialdirektor v. Buchta die Einführung der Prügelstrafe in den Kolonien bezeichnet, und da sollen wir in Deutschland auf diesen überwundenen Standpunkt zurückkehren? Unlängbar hat, insbesondere in den sog. höheren Schichten der Bevölkerung, in den letzten Jahrzehnten eine Zunahme der Robheit stattgefunden. Die ganze Umgestaltung des Wirtschaftssystems, das enge Zusammenleben in der Fabrik und in den Großstädten, das Sachvergnügen, alles das hat seinen bedeutenden Teil daran. Diesen großen, sozialen Uebelständen soll man mit großen sozialen Abhilfemaßregeln entgegenreten: statt dessen hat man für diese Uebelstände im preussischen Abgeordnetenhaus die Sozialdemokraten verantwortlich gemacht und Ausnahmemaßregeln gegen sie verlangt; es ist dies sogar von einem Mitglied dieses Hauses geschehen, das auch Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses ist. Herr Himmberg hat von der Verhummelung der Denkmäler in der Siegesallee gesprochen, das gehört nicht hierher. Alle Welt weiß ja in Berlin, wer die eigentlichen

Thäter sind. Die Kriminalstatistik beweist, daß Berlin und Sachsen in Bezug auf Kriminalität eine bevorzugte Stellung einnehmen; dagegen wartet Preußen und Bayern mit der dreifachen Kriminalitätsziffer auf. Herr Dertel sollte einmal die zurechnenden Gefängnisse aus persönlicher Erfahrung kennen lernen. — Abg. Dertel (kons.) meint, Robheiten müßten mit Prügeln bestraft werden und er nehme da auch nicht Robheiten von Personen aus gebildeten Ständen an. Eine Bemerkung Ebel's, tout Berlin wisse, auf wen die Robheit der Denkmäler-Beschädigung in der Siegesallee zurückzuführen sei, treffe auf ihn, der jedenfalls auch zu tout Berlin gehöre, nicht zu. Viele Gefängnisgesellschaften hätten sich für Prügelstrafe in besonderen Fällen ausgesprochen. Auch Tolstoi sei ein entschiedener Freund der Prügelstrafe. — Abg. Bachmaier (freis. Ber.) betont, der Herr Vorredner habe verschiedene Fälle von Robheiten angeführt, wo die verhängten Strafen ganz ungenügende gewesen seien, da müßte man doch aber zuerst die Zusammenhänge kennen, um zu beurtheilen, ob nicht der Richter Anlaß gehabt haben könne, milder zu verfahren. Als Disziplinarmittel sei die Prügelstrafe zu empfehlen, und zwar umso mehr, als die hundertjährigen Vereinbarungen vom Jahre 1897 über den Strafvollzug eine ganze Reihe anderweitig wirksamer Disziplinarmittel enthalten. — Abg. Gröber (Centr.) bemerkt, die Prügelstrafe sei bekanntlich schon einmal aufgehoben und dann wieder eingeführt worden aus denselben Gründen, die man jetzt von den Antragstellern höre, und dann habe man sie infolge der gemachten Erfahrungen doch wieder aufheben müssen. Das Centrum werde jedenfalls gegen den Antrag Dertel stimmen. Tolstoi falle aus einem Extrem ins andere. Jetzt wolle er als Strafen überhaupt nur Bann und Todesstrafe, dann stelle er sich ganz auf den Standpunkt von China. (Heiterkeit.) Es sprechen noch die Abgeordneten Werner (Antif.) und v. Kardorff (Reichsp.) für den Antrag Dertel, wonach noch heftige Auseinandersetzungen zwischen den Abgeordneten v. Kardorff und Graf Stolberg einerseits und Ebel andererseits folgen wegen der Kennerung des letzteren über die Ueberheberschaft an den Verhummelungen der Denkmäler in der Siegesallee. — Abg. Graf Stolberg (kons.): Herr Ebel hat ausgesprochen, ganz Berlin wisse, daß die Verhummelung der Denkmäler in der Siegesallee von Mitgliedern höherer Stände ausgegangen sei, und aus diesem Grunde habe auch der Volksempfinden die Nachforschungen eingeleitet. Herr Ebel soll die Namen privatim nennen wollen, das hilft gar nichts, entweder weiß er etwas Gewisses, dann soll er es angeben, oder er weiß nichts Bestimmtes, dann soll er nicht mit solchen Vermuthungen kommen, die, wie sich schon so oft beim Militär gezeigt hat, unrichtig sind. — Abg. Ebel: Ich habe solche Bereitwilligkeit gar nicht erklärt, erklären können; ich habe nicht gesagt, daß ich die Personen kenne. (Alte rechts.) Unterstellen Sie mir doch nicht, was ich nicht gesagt habe. (Zurück rechts: Ganz Berlin soll es doch wissen.) In Berlin wird überall herumgesprochen, aus welchen Kreisen die Uebelthaten stammen, auch habe ich nicht einmal angedeutet, als sei ich für die Prügelstrafe, wenn sie auf die höheren Stände beschränkt würde. Wird sie eingeführt, dann muß sie für alle Stände gelten. Wir wissen sogar bestimmt, würde sie eingeführt, so würde sie nur gegen die unteren Stände angewendet werden. Ich habe an die Behauptung im Abgeordnetenhaus erinnert, daß für die zunehmende Verrobbung die Sozialdemokratie Schuld wäre. Dagegen habe ich mich gewandt, und auch die Ausführungen des Abg. Dertel behältigen indirekt nur meine Ausführungen. — Abg. Graf Stolberg: Herr Ebel sagt also, ganz Berlin wisse, in welchen Kreisen die Thäter zu suchen seien. Ich weiß wirklich nichts davon, meine Freunde ebenso wenig. Ich habe lediglich das Wort ergriffen, weil ich glaube, er hätte eine Erklärung, es uns privatim zu sagen, direkt an meine Adresse gerichtet. — Der Antrag Dertel wird abgelehnt und über die Petition zur Tagesordnung übergegangen. — Die Petitionen, welche die Verschärfung der Bogelstrafe betreffen, sollen nach dem Antrag der Petitionskommission dem Reichsanwalt zur Berücksichtigung überwiesen werden. — Abg. Beck verwendet sich nachdrücklich für den Kommissionsantrag; der von den Italienern betriebene Wachtel- und Schwalbenmord schreie zum Himmel. Dem unheimlichen Massenmord unserer wichtigsten und unentbehrlichsten Jagdvögel, besonders in Italien und Südböhmen, müsse endlich Einhalt gethan werden. Die Ueberwindung des Bogelstrafe-Gesetzes von 1888 würde die beste Vorbereitung auf die immer noch ausstehende internationale Konvention über den Vogelschutz sein. Deutschland muß ferner ein Durchfuhr-Verbot für gefangene Vögel erlassen. Die barbarische Fangart des Dohnenjägers werde in Deutschland noch immer betrieben. Das Verbot des Fangens und Tödtens von landwirtschaftlich nützlichen und von Singvögeln müsse ausgesprochen, die Strafbestimmungen gegen gewerbliche Bogelstrafe verschärft werden. Die Vertheuerung der Ledererbsen Mittel in Betracht. Für die Abschaffung des Drosselstrafes müßten jedenfalls Entschädigungen gewährt werden. Der Kommissionsantrag wird angenommen. Daran vertritt sich das Haus. Schluß: 6 Uhr. Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. (Erste Lesung der Seemannsordnung. Dritte Lesung des Erats.)

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhause.

Berlin, 23. März.

Das Abgeordnetenhause erhielt heute den Gesetzentwurf betr. Maßnahmen zur Verhütung der Hochwassergefahren in der Provinz Schlesien in erster Lesung und verwarf die Vorlage nach längerer Debatte an eine besondere Kommission. Montag: Kleine Vorlagen, darunter Zwischenkredite bei Rentengutsgründungen.

Deutsches Reich.

* Berlin, 24. März. Am Sonntag Mittag findet im Rathhause die von dem Comité unter dem Vorsth Sudermanns vorbereitete große Protestversammlung gegen die lex Heinze statt.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Das „Kleine Journal“ bleibt bei seiner Behauptung, die Quelle seiner falschen Ausstellungen über angebliche deutsch-englisch-amerikanische Verhandlungen wegen Südafrika sei bei einer Stelle des Auswärtigen Amtes zu finden. Es giebt nur zwei Möglichkeiten: Das „Kleine Journal“ lügt oder ist belogen worden. Wir sind höchst geneigt, nach der zweiten Annahme zu folgen, erwarten aber, daß das „Kleine Journal“ nunmehr ohne weitere Hinterzünge die von ihm als „Quelle“ supponirte Stelle des Auswärtigen Amtes unzweifelhaft bezeichne. Wir erklären es von vornherein für eine lächerliche Ausflucht, sich unter betruglichen Umständen hinter die Pflicht journalistischer Disziplin verschangen zu wollen. Ein öffentliches Interesse, hier irgend etwas zu verläugern, besteht nicht, also nur heraus mit der Sprache!

* **Strategische Bahn.** In dem Nachtragsetat für das Rechnungsjahr 1900 finden sich 4,500,000 Mk. zur Verwirklichung des deutschen Eisenbahnes im Interesse der Landesverteidigung. Ein Teil dieser Reichszuschüsse wird für den Bahnbau Romberg-Rosheim gefordert zum Anschluß an die Bahnlinie Frankfurt a. M. - Rastatt mit fester Ueberbrückung des Rheins bei Mainz. Dieser Bauplan bildet das Ergebnis der Erwägungen darüber, wie der in der Stadt Mainz befindliche Tunnel zwischen den beiden hier bestehenden Bahnhöfen, den täglich allein 150 Personenzüge passieren, vom Verkehr zu entlasten, beginne wie er zu umgehen ist. Vom strategischen Standpunkte aus wurde seit längerer Zeit die Entlastung des genannten Tunnels gefordert, weshalb eine direkte Eisenbahn unter Umgehung dieses Tunnels und Ueberbrückung des Rheins und des Mains gebaut werden soll. Bisherlich konnten noch einige Jahre bis zu Verwirklichung dieses Planes vergehen, aber die Verhandlungen zwischen der Militärverwaltung und der Eisenbahn-Direktion zu Mainz waren seit Jahr und Tag im Zuge. Jetzt ist nur die Ueberbrückung des Rheins bei Mainz ins Auge gefaßt, nicht auch die Ueberbrückung des Mains, da die Bahn einen Anschluß an die am rechten Mainufer führende Eisenbahn von Wiesbaden beziehungsweise Rastatt nach Frankfurt a. M., nicht an die am linken Mainufer führende Eisenbahn von Mainz nach Frankfurt a. M. finden soll.

* **In den Diensten der Reichspost** sind, wie das „Berliner Tagebl.“ erfahren haben will, 330 Angestellte der Postverwaltung übernommen worden. Die Einstellung derselben erfolgt am 1. April. Es handelt sich durchweg um Unterbeamte, die ungefähr in denselben Bezirken wie bisher bei der Postverwaltung, in denen sie auch ihre Wohnung haben, im Reichspostdienst beschäftigt werden sollen. Die Abweisung der übrigen Unterbeamten, die um eine Uebernahme in den Reichspostdienst einkommen waren, erfolgte zum Teil wegen deren für den Reichspostdienst unzulänglichen, das „Examen“, das mit den Aspiranten angestellt wurde, bestanden hingegen alle Unterbeamten bis auf fünf, deren Zurückweisung nun aus diesem Grunde erfolgte. Dagegen hat die Postverwaltung davon absehen müssen, Beamte der bisherigen Postverwaltung in ihren Dienst zu übernehmen. Ihre Sachausbildung entsprach nicht den Anforderungen der Postverwaltung. Es sind jedoch einzelne bisherige Expeditionsbeamte der Postverwaltung von der Post als Unterbeamte übernommen worden, und zwar auf speziellen Antrag der betreffenden, die dadurch eine Einnahme-Erhöhung gegen ihre frühere Stellung erzielen. Den nunmehr von der Post Angestellten wird ihre Dienstzeit, die sie bei der Postverwaltung absolviert haben, angerechnet, sobald sie, ebenso wie die übrigen Unterbeamten der Post, nach zehnjähriger Dienstzeit in etatsmäßige Stellen eintreten, sobald ihre Dienstzeit bei der Postverwaltung und der Post zusammen diese Zahl der Jahre erreicht.

* **Der Fiskus,** so hieß es kürzlich in Berliner Zeitungen, sei durch Ankauf des Grundstücks Jägerstraße 22 in Berlin Vermieteter eines bekannten ausrüchtigen Vallotals geworden. Es war dann zur Entschädigung des Fiskus gesagt worden, daß alle seine Bemühungen, den Kontrakt zu lösen, vergeblich waren, und also nichts übrig bleibe, als den Mieter bis zum Ablauf seines Mietkontrakts, der noch Jahr und Tag läuft, zu dulden. Dazu schreibt der Wächter des Volks Folgendes: „Die jetzige Inhaberin des Hauses Jägerstraße 22, die königl. Seehandlung, hat niemals den Versuch gemacht, meinen Kontrakt zu lösen oder mich von dem Besitz zu entbinden, im Gegenteil, da ich für die jetzigen Verhältnisse eine zu hohe Miete zahlen muß, so wollte ich, gegen eine Entschädigung, vom Kontrakt entbunden werden, was jedoch kurzer Hand abgelehnt worden ist. Es kann wohl somit von einem „Dulden“ meines Lokals in dem Hause Jägerstraße 22 keine Rede sein.“

* **Kamerun.** Die „Post“ meldet, aus Kamerun ist die Nachricht eingetroffen, daß die Expedition des Hauptmanns v. Besser vernichtet worden sei, wobei v. Besser, sowie Hauptmann v. Jagers, vielleicht auch noch Andere niedergemetzelt worden seien. Es bleibt abzuwarten, inwieweit sich diese Meldung bestätigt. Ein Mißgeschick ist der Expedition jedenfalls zugefallen. — Ueber das Schicksal der Expedition v. Besser berichtet noch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“: Nach einem Telegramm des Gouverneurs Köhler, der zur Zeit Vertreter des Gouverneurs v. Puttkamer in Kamerun ist, sind bei der Expedition, welche unter dem Hauptmann v. Besser zur Bestrafung der Mörder des Leutnants v. Luetsch und des Forschers Conrau entsandt worden ist, die sämtlichen Offiziere, Hauptmann v. Besser, vielleicht auch v. Buddeberg und v. Petersdorff und der Assistenzarzt Dr. Dittmer, verwundet worden. Der letztere ist schwer verwundet und nach Kamerun zurückgebracht worden. Ueber die Einzelheiten der stattgehabten Kämpfe liegen noch keine Mittheilungen vor. — In Kamerun selbst ist Regierungsrath v. Sager an Siphschlag gestorben.

Ausland.

* **Oesterreich-Ungarn.** Ministerpräsident v. Körber erklärte einem Abgeordneten des Schönerer-Klubs, welcher gegen die neue Wiener Wahlordnung Protest einlegte, daß er bedauere, diesen Protest nicht berücksichtigen zu können, und daß er gewungen sei, das Gesetz zur Sanction vorzulegen. Die der Fortschrittspartei angehörenden Mitglieder des Gemeinderaths werden deshalb ihre Mandate niederlegen. — Einer Blättermeldung zufolge sandte die Firma Sioda in Wien 45 schwere Geschütze, sowie Munition mittels Gültzugs nach Trief, welche für die Engländer in Südafrika bestimmt sind. Der Abgeordnete Lemisch forderte den Ministerpräsidenten telegraphisch, die Sendung zu sistiren.

"Vereinigte Staaten. New York Herald" meldet, daß das Urteil des Schiedsgerichts, welches in der Delagoa-Frage zu entscheiden hat, in der nächsten Woche veröffentlicht werden wird.

Sitzung der Stadtverordneten

vom 23. März 1900.

Anwesend sind unter dem Vorsitz des Herrn Landesbankdirektors Reich 40 Mitglieder des Kollegiums, Seitens des Magistrats die Herren Oberbürgermeister Dr. v. Jbell, Bürgermeister Gehl, Beigeordneten Körner und Mangold, sowie die Herren Stadträte Bickel, Brück, v. Widman und Wagemann, ferner Herr Obersekretär Rosalewski als Protokollführer.

Vor Eintritt in die Tagesordnung giebt der Herr Vorsitzende Kenntnis von einer Einladung des Gewerbevereins zu der Schulfeier gelegentlich der Schüler-Entlassung in der Fortbildungsschule am 29. März d. J. — Eine Beschwerde des Instalkateurs für elektrische Anlagen, Herrn Steimer, darüber, daß er nicht unter den Firmen genannt wird, deren Anlagen von dem städtischen Elektrizitätswerk abgenommen werden, wird dem Organisationsausschuß zur Vorbereitung überwiesen.

Ueber die Gründung des "Rassanischen Heilstätten-Vereins für Augenranke" um Gewährung eines dauernden jährlichen Zuschusses von 5000 Mk. durch den Finanzausschuß berichtet Herr Hees. Der Magistrat hat zunächst die Krankenhaus-Deputation gehört. Derselbe hat einstimmig beschlossen, das Gesuch auf das Barmittel zu beantworten. Sie ist der Meinung, das es einen großen Vorteil für die Stadt bedeute, eine solche Anstalt in der Nähe zu haben.

Die Idee läßt sich nicht nur einen erheblichen Einfluß auf die Allgemeinheit ausüben, sondern auch eine Entlastung für das Krankenhaus sein. Der Magistrat ist ebenfalls der Ansicht, daß die Anstalt der Stadt zum Vorteil gereiche, und hat unter der Voraussetzung, daß ein Mitglied des Magistrats im Vorstand der Anstalt Sitz und Stimme erhält und mit 10 Betten die Einwohner Wiesbadens vor auswärtigen Bewerbern berücksichtigt werden, die 5000 Mk. auf die Dauer von 20 Jahren bewilligt. Der Finanzausschuß erkennt ebenfalls an, daß die Anstalt zur Nothwendigkeit geworden sei, daß sie zur Verbesserung der sanitären Verhältnisse der Stadt beitragen und das Krankenhaus, wenn auch nur in geringem Maße, entlasten werde.

Er hält jedoch eine Verpflichtung auf 20 Jahre für zu lang, weil sich die Gestaltung der Verhältnisse nicht übersehen lasse und vorausichtlich private Zuwendungen den Zuschuß der Stadt mit der Zeit erheblich machen würden. Der Ausschuss beantragt, dem Verein vom 1. April c. ab auf die Dauer von 10 Jahren jährlich 5000 Mk. unter den vom Magistrat festgesetzten Bedingungen zu gewähren. Herr Wollath macht darauf aufmerksam, daß die Anstalt nur für Angehörige des Mittelstandes, für minder bemittelte Augenranke, bestimmt sei und deshalb die Verlegung auf das häufige Vorkommen der Tuberkulose in den unteren Klassen in dem Gesuch unzutreffend sei.

Medner hält es nach seinen persönlichen Erfahrungen für zweckdienlich, an die Bewilligung die Bedingung zu knüpfen, daß die Anstalt weder im Stadt- noch im Landkreise Wiesbaden errichtet werden dürfe. Die Nähe der Anstalt werde auf die Kurfreunden abstrahierend wirken. Er bittet, in Erwägung zu ziehen, ob die Kurinteressenten durch die Anstalt nicht mehr oder weniger geschädigt würden und beantragt, die Vorlage an den Ausschuss zurückzuverweisen zur Prüfung der Frage, ob nicht die Bewilligung an die Bedingung zu knüpfen sei, die Anstalt außerhalb des Landkreises Wiesbaden zu errichten. Der Herr Oberbürgermeister bezeichnet es als richtig, daß die Gesundheitsfrage zunächst für die unbedeutende Klasse bestimmt sei. Der Magistrat sei jedoch der Ansicht gewesen, daß es durchaus auch im Interesse der Stadt liege und daß er sich nicht auf Abwege begeben, wenn die Stadt auch diesen wirtschaftlich schwachen Personen zu Hilfe käme. Es handle sich hier um Leute, die oft eben so schlimm daran wären, wie die ganz Bedürftigen. Welche indirekten Vorteile die Stadt von der Anstalt habe und erhoffen könne, das habe die Krankenhaus-Deputation auseinandergelegt. Die Frage, ob die Kurinteressenten geschädigt werden könnten, wenn die Anstalt bei Ranrod errichtet werde, habe der Magistrat reichlich erwogen und sich dieserhalb mit den beiden ärztlichen Vereinen in Verbindung gesetzt. Dieselben hätten die Bedenken für völlig unbegründet erklärt, zumal die Anstalt jenseits der Wasserseiche liege. Sie hätten sich ferner dahin ausgesprochen, daß ein Einfluß derselben auf die Frequenz unseres Kurorts in keiner Weise angenommen werden könne. Herr v. G. erläutert, daß der Verein, um den Bau der Anstalt nicht mehr länger hinzuzulassen, genötigt wäre, ein Kapital von 100.000 Mk. aufzunehmen und die 5000 Mk. sollten zu dessen Verzinsung dienen. Er bittet, den Magistratsantrag anzunehmen; die Krankenhaus-Deputation habe sich für dauernde Bewilligung der Magistrat aber nur für 20 Jahre entschieden und es liege kein Grund vor, darunter zu gehen. Herr Wollath erklärt ausdrücklich, daß er nicht gegen die Bewilligung sei, und weist dann noch darauf hin, daß die Sanatorien, welche den Krankenkräften zur Verfügung ständen, durchaus nicht genügen und viele Kranke oft ein Vierteljahr auf ihre Aufnahme warten müßten. Die Anstalt hätten sich, um den Bau einer eigenen Anstalt zu ermöglichen, wegen Ueberlassung eines billigen Baukapitals an die Versicherungsanstalt zu Cassel gewandt, aber einen abschlägigen Bescheid erhalten. Da in den ärmeren Kreisen der Prosentatz der Augenranke ein viel höherer sei wie in den minder bemittelten, so müsse man sich, wenn jene an die Stadt herantreten würden, auf einen

viel höheren Beitrag gefaßt machen. Was die Schädigung der Kur betrafte, so entziehe sich dieselbe jeder Berechnung. Der Herr Oberbürgermeister weist noch einmal ausdrücklich darauf hin, es handle sich nicht darum, in Wiesbaden ein Sanatorium zu erbauen, sondern die Kranken aus Wiesbaden hinaus zu schaffen. Wenn von anderen Kreisen die Nothwendigkeit dargethan werde, gegen diesen Feind zu kämpfen, dann werde die Stadt auch diese Mittel aufwenden können und gern aufbringen. Darauf wird der Ausschussantrag mit großer Majorität angenommen.

Das Projekt, betreffend den Umbau des Pavillons V des städtischen Krankenhauses, veranschlagt zu 55.000 Mk., wird auf Antrag des Finanzausschusses (Berichterstatter: Herr Hees) genehmigt. Der Pavillon V ist der einstöckige sog. Rosenbau an der Platterstraße. Derselbe wird durch einen Vorbau und den Aufbau eines zweiten Geschosses erweitert, wodurch Raum für 10 Betten und bessere Räume zur Erholung der Nachtschwärmer gewonnen werden.

Ueber den Antrag des Magistrats, betreffend Verwendung von 170.000 Mk. aus dem Wasser-Erweiterungsfonds, und zwar 68.000 Mk. für die obere Wilhelmstraße, 32.000 Mk. für den Kaiser-Friedrich-Platz und 70.000 Mk. für die Taunusstraße, referirt Herr Kaufmann Namens des Bauausschusses. Nach Ueberweisung von 90.000 Mk. im nächstjährigen Etat verbleiben nach Abzug der obigen Summe noch 78.000 Mk. für andere Straßenbauten zur Verfügung. Herr Philipp bittet, es sei vielleicht noch Zeit, die Sonnenberger Linie nicht in die Langgasse, sondern in die Wilhelmstraße einzuführen. In dem ersten Falle seien Kollisionen im Wagenverkehr doch unausbleiblich. Die Abzweigung in der Wilhelmstraße liege sich, nachdem die Erde dort abgeschritten, leicht machen. Herr Philipp bittet außerdem in Erwägung zu ziehen, ob es nicht angängig sei, die Gleispläne zwecks Information der Stadtverordneten im Sitzungssaal auszuhängen. Herr Dr. Hehner kann es nicht einsehen, warum man die Gelegenheit nicht wahrnehme und bei den gegenwärtigen Arbeiten wenigstens die Schienen für eine Verbindung der Sonnenberger Linie mit der Wilhelmstraße einlege. Schon wegen der Theaterwagen müsse man doch dazu kommen, dann aber das neue Wasser wieder aufzuheben. Der Herr Oberbürgermeister erwidert darauf, der Magistrat habe in seiner letzten Sitzung nochmals die Frage geprüft, ob es nicht doch zweckmäßig wäre, eine derartige Verbindung herzustellen, und er halte es für zweckmäßig, daß man eine solche habe. Ob sie sich aber jetzt noch erreichen lasse, sei zweifelhaft. Der Magistrat werde aber dahin wirken, daß sie gemacht werde. Mit dem Ausbau der Pläne erklärt sich der Herr Oberbürgermeister einverstanden. Herr Kühl bezeugt es als wünschenswert, die Veranlagung von dem ganzen Plan des zukünftigen Straßenbauwerks zu unterrichten, namentlich über die Einführung der Vorbahnen in die Stadt und darüber, ob und wo dieselben ihre Endpunkte haben. Der Herr Oberbürgermeister erklärt, auch für einen solchen Uebersichtsplan sorgen zu wollen.

In dem weiteren Punkte der Tagesordnung: Anfaß eines dem Bevölkerungszuwachs zusehenden Wasserantheils an der Lennelbachleitung, bemerkt Herr Dr. Dreyer, der Finanzausschuß habe zwar seine Beratungen über diesen Gegenstand abgeschlossen, es seien aber nachträglich Thatsachen zu seiner Kenntniß gelangt, die es nöthig machten, die Sache nochmals zu prüfen. Aus diesem Grund wird die Vorlage von der Tagesordnung abgesetzt.

Die Magistratsvorlage, betreffend die Regelung der Gehaltsverhältnisse der Bureaubeamten der Klasse A IV des Verordnungsplanes, ist von dem Organisationsausschuß (Berichterstatter: Herr Dr. Scholz) geprüft worden. Die betreffenden Beamten haben in einem Gesuch an den Magistrat denselben vorgeschrieben, daß sie gegen die Staatsbeamten bedeutend zurückstünden, und gebeten, ihr Gehalt, das jetzt 1200 bis 2700 Mk. beträgt, im Minimum auf 1600 Mk. und im Maximum auf 3200 Mk. festzusetzen, sie auf Lebenszeit anzustellen und bei Schaffung neuer Stellen ihnen ein Ausruken in dieselben zu ermöglichen. Unter Ablehnung der weitergehenden Anträge hat der Ausschuss in Uebereinstimmung mit dem Magistrat beschlossen, das Normaljahr für die Gehaltsberechnung auf das 23. Lebensjahr festzusetzen und es dem Magistrat zu überlassen, den einzelnen Beamten, den Verhältnissen entsprechend, Gehaltsaufbesserungen zu gewähren, jedoch sollen dieselben die Beträge, welche sie in den nächsten 6 Jahren erreichen würden, nicht überschreiten. Herr Dr. Hejmann weist darauf hin, daß sich das Kollegium schon seit einer Reihe von Sitzungen mit Gesuchen einzelner Beamten um Gehaltsaufbesserungen zu beschäftigen habe. Das lege den Wunsch nahe, den Magistrat zu ersuchen, die vor zwei Jahren beschlossene Gehaltsskala genau zu prüfen, dahin, ob dieselbe den Verhältnissen entspreche oder nicht. Wenn nicht, dann müsse sie geändert werden. Der Herr Oberbürgermeister erwidert darauf, in das Kapitel der persönlichen Beschwerden falle diese Vorlage nicht. Der Magistrat habe den Wünschen dieser Beamten nicht stattgeben können. Nach den besonderen Verhältnissen müsse an der 4. Klasse festgehalten werden. Dagegen solle ein Ausgleich vorgenommen werden, dabei aber nicht weiter gegangen werden, als das Gehalt steigen würde bei der Annahme, der Betreffende wäre mit 23 Jahren in seine Stellung eingetrückt. Nach dem Ausschussantrag solle die Steigerung höchstens 300 Mk. betragen. Alle Herren zufrieden zu stellen, sei unmöglich, da diese man machen, was man wolle. Die Selbstschätzung bezüglich der Leistungsfähigkeit sei im diametralen Gegensatz zu der Selbstschätzung bei der Steuer. Uebrigens sei es bei anderen Kommunalverwaltungen gerade so. Darnach wird der Ausschussantrag angenommen. — Die Regulierung der Gehaltsverhältnisse a) des Herrn Ingenieurs Probst und b) des Herrn Jippeli us, Kassierers der Wasser- und Gaswerke, werden auf Antrag des Organisationsausschusses (Berichterstatter: Herr Dr. Scholz),

den Beschlüssen des Magistrats entsprechend, genehmigt. — Die Vorlage betr. Regelung der Gehaltsverhältnisse eines Aufsehers der zuletzt genannten Verwaltung wird dem Organisationsausschuß zur Vorprüfung überwiesen.

Um den wiederholten Wünschen des städtischen Kurorchesters auf Erhöhung der Gehaltsbezüge entgegenzukommen, hat der Magistrat Satzungen für die Anstellung und Besoldung der Mitglieder dieses Orchesters beschlossen. Ueber deren Vorprüfung durch den Organisationsausschuß berichtet Herr Gütth. Die Satzungen sind ähnlich wie diejenigen für die gleichen Korporationen in Mainz, Frankfurt, Köln, Leipzig etc. Je nach der künstlerischen Qualifikation und Bedeutung der Instrumente sind drei Gehaltsklassen mit je sieben dreijährigen Alterszulagen festgesetzt. Im Interesse der Disziplin ist dem Kurdirektor das Recht eingeräumt, im Einvernehmen mit dem Kapellmeister das Aufsehen ganz oder zeitweilig zu führen. Dagegen kann den Musikern niemals das Gehalt gekürzt werden, und damit ist endlich mit dem seither üblichen, von dem Ausschuss selbst als ungerecht bezeichneten Modus gebrochen worden, den Musikern, namentlich Bläsern, welche durch Krankheit oder Alter in ihrer Leistungsfähigkeit beschränkt waren und nur noch an einem geringeren Instrument, wie dem Schlagzeug, verwendet werden konnten, nicht unbedeutende Gehaltsabzüge zu machen. Wenn es sich um Gewinnung hervorragender Kräfte handelt, kann von den Satzungen abgewichen werden. In dieselben sind der Kapellmeister und der 1. Konzertmeister nicht aufgenommen. Bei dieser Gelegenheit wird das Gehalt des Herrn Musikdirektors Löffner von 5400 Mk. auf 6000 Mk. und dasjenige des Herrn Trmer von 3086 Mk. auf 3300 Mk. erhöht. Die Mitglieder des Orchesters werden bei 21 und mehr Dienstjahren um zwei, bei 14 und mehr Jahren um eine und bei 7 bis 13 Jahren um eine halbe Stufe salarimäßig aufgebessert. Der finanzielle Effekt beläuft sich für das nächste Rechnungsjahr insgesamt auf 4214 Mk. Die Satzungen treten am 1. April c. in Kraft. Die Vorlage wird genehmigt.

Die Vorlage, betreffend Errichtung einer dritten Bauassistentenstelle bei der Straßenbauabtheilung des Stadtbauamts, wird dem Organisationsausschuß zur Vorprüfung überwiesen. — Von den neuen Vorlagen wird diejenige, betreffend Ergänzungswahl des Magistrats an Stelle des Herrn Stadtrates Bickel, dem Wahlausschuß überwiesen.

In der Museumsangelegenheit beantragt der Magistrat die Einlegung einer Museums-Deputation und die Bewilligung von 50.000 Mk. für die Verwaltung des Museums. Der Herr Oberbürgermeister bemerkt dazu, das Abkommen mit der Staatsregierung werde mit der Verabschiedung des Etats, also zweifellos zum 1. April, perfekt. In diesem Falle könne die letztere nur noch die 50.000 Mk. Entschädigung auszahlen und die Stadt müsse am 1. April bereits die Gehalte der Museumsbeamten bezahlen. Vorbehaltlich späterer definitiver Regelung der Angelegenheit sollten vorerst nur die 50.000 Mk. in Einnahme und Ausgabe gestellt werden. Der Magistrat habe Rücksprache genommen mit dem am Museum beteiligten Verein und mit allen ausgemacht, daß auch über den 1. April hinaus einweisen Alles beim Alten bleibe. Der Magistrat beabsichtige auch gar nicht, an deren Aufgaben etwas zu verändern. Die Sammlungen sollten nur weitergeführt, ergänzt, besser untergebracht und besser zugänglich gemacht werden, um sie für Interessenten des ganzen Bezirkes nutzbringender zu gestalten. Bezüglich der Deputationswahl wird die Vorlage dem Wahlausschuß überwiesen, dieselbe aber im Uebrigen genehmigt.

Ein Antrag auf Erhöhung des Ausschusses zur gewerblichen Fortbildungsschule wird dem Finanzausschuß überwiesen, desgleichen der Antrag auf Bewilligung von 5100 Mk. zur Herstellung eines Garderobeaufzugs im Königl. Theater. — Der vorläufige Plan zur Umgestaltung des Marktplatzes, insbesondere zur Herstellung einer Rasenfläche vor der Kirche, wird genehmigt und die Gehaltung der letzteren Fläche dem Magistrat überlassen. Bis zum Kaiserbesuch im Mai soll die Rasenfläche grün und die Schule möglichst von Geräuschen befreit sein. — Die Fischlinienprojekte für einen Fußweg von der Walmsühlstraße nach dem Thal, für eine Straße von der Adolfsallee nach dem neuen Bahnhof und für die Verbreiterung der Dohheimerstraße, zwischen Schwalbacherstraße und Bismarckring, werden dem Bauausschuß überwiesen. — Die Vorlagen, betreffend Errichtung einer Bureau-Assistentenstelle bei dem Wasser- und Gaswerk, sowie Regelung der Gehaltsverhältnisse des Herrn Ingenieurs Schneider, gehen an den Organisationsausschuß. Schluß der öffentlichen Sitzung um 6 1/2 Uhr.

Aus Stadt und Land.

Wiesbaden, 24. März.

Personal-Nachrichten. Herr Landrath Dr. Goedeke in Weimar ist für einige Monate beurlaubt. Mit seiner Vertretung ist der bei der Königl. Regierung zu Köln thätige Regierungsassessor Herr Dr. Sartorius aus Wiesbaden betraut worden.

Kurhaus-Neubau. Die Kurhaus-Neubaufarbe befindet sich immer noch in dem Stadium der wiederholten Abklärung des von der gemischten Kommission und dem Magistrat vorgeschlagenen Bauplans hinter dem alten Hause. Die zu diesem Zweck eingesetzte Kommission der Stadtverordneten-Versammlung hält heute Nachmittag wieder eine Sitzung ab, um den Bericht über die Grundzüge der Abklärung festzustellen. Dieser Bericht wird dann dem Plenum vorgetragen und so werden wohl noch einige Wochen vergehen, bis es wieder zur Abklärung kommt.

Königliche Schauspiele.

Freitag, den 23. März: „Krieg im Frieden“, Lustspiel in 5 Akten von G. v. Moser und F. v. Schönthan. Regie: Herr Rösch.

Mosers unverwundlicher „Krieg im Frieden“ erschien gestern mit einer Anzahl bemerkenswerther Neubezugungen wieder auf der Bühne. Von diesen Bezugungen war die wichtigste die der Ma Stobs durch Fräulein Stehle. Die kleine Ungarin hat eben die ganze Handlung zu tragen und in einer gewaltigen Menge von Ausritten sich auf der Bühne zu tummeln. Fräulein Stehle, in ihrer ganzen Art und in ihrer Erscheinung so recht eigentlich das Prototyp einer Naiven, fand sich wieder ganz brillant mit ihrer großen Aufgabe ab, wobei ihr die Frische und Natürlichkeit ihres Wesens die wesentlichsten Dienste leisteten. Aber damit allein ist es ja nicht gethan. Dem aufmerksameren Beobachter fallen so manche kleine Einzelheiten im Spiel, sollen pikante Nuancen auf, die ihm verrathen, wie sehr die Künstlerin ihre Rolle durchdringt und geistig durchdringt. Ganz allerliebst mit wackelnder Färbung brachte sie das Ungarisch-Deutsch zu Stande, verlegnete überhaupt die temperamentvolle Tochter der Büste nirgends und am wenigsten in der prächtigen Scene, als sie vor Jörn über die Standpauke des Daniels auf sich ist. Das Spiel der jungen Dame, die sich auch durch höchst geschmackvolle, der Sache angemessene Toiletten auszeichnete, fand wieder den lebhaftesten Beifall, auch wurde ihr ein reizendes Blumenarrangement zu Theil. Neu war uns ferner Herr Ballentin als Reis-Reislinger. Er brachte diesen liebenswürdigen Schwerenöther und Schmetterling in Uniform ganz charmant zur Geltung; er war echt, und da diese Schöpfung mit einer reichlichen Dosis wahren Humors durchsetzt erschien, wirkte sie um so besser. Gerüchlicherweise verlautet, Herr Ballentin wolle von hier fort und einem Ruf nach Berlin folgen. Das würden wir sehr bedauern, zumal unsere Hofbühne immer mehr in den

Auf kommt, daß sie kein festes Ensemble zusammenbrachte, daß die besten Künstler hier nur schwer zu halten seien und daß hauptsächlich nur die bessere Mittelmäßigkeit konstant sei. Herr Fender spielte den polnischen Burschen recht drastisch, Herr Schreiner war ein vortrefflicher General, an Schneid und Eleganz im Auftreten dem Vorbild der Rolle entschieden über. Die Besetzung des von der Regie, wenn wir nicht sehr irren, bereits glücklich um ein paar Jahre älter gemachten Backfisches Eka durch Fräulein Doppelbauer bewies aufs Neue, wie nothwendig eine ausreichende zweite Naive und muntere Liebhaberin für unser Ensemble ist, denn daß die genannte Künstlerin in Spiel und Figur für Hingezog und Backfischart längst viel zu weit vorgeschritten, das zu empfinden dürfte sie wohl selbst viel genug sein, und so bleibt uns nur übrig, dem Egoismus Neuerung zu machen, mit dem sie eine solche für ihre Eigenart undankbare Rolle übernahm. Im Publikum hörte man viele halblauten Bemerkungen über diese verunglückte Besetzung. Fräulein Scholz war eine anmuthige Agnes, Herr Rodius, nach wie vor ein vortrefflicher Folien, Kavaller bis in die Schürzenborte, und Fräulein Santen (Rathilde) und die Herren Neumann (Seindorf), Rudolph (Stadtrath), Gros (Stadtrath) thaten mit der übrigen Besetzung wieder Alles, um das Stück so frisch und lebendig zur Darstellung zu bringen, wie wir es hier gewohnt sind. Sch. v. B.

Aus Kunst und Leben.

Königliche Schauspiele. (Spielplan.) Sonntag, den 25. März, Abonnement D, 41. Vorstellung: „Undine“. Anfang 7 Uhr. Montag, den 26. Abonnement A, 42. Vorstellung, zum Vortheil der hiesigen Theater-Pensionsanstalt, erstes Benefice pro 1900: „Theodora“. Anfang 7 Uhr. Dienstag, den 27. Abonnement B, 42. Vorstellung: „Siegfried“, die Königl. Preuss. und Kaiserl. Königl. Oester. Kammerängerin Frau Elly Weimann als Gosi. Anfang 7 Uhr. Mittwoch, den 28. Abonnement C, 42. Vorstellung: „Stiftungsfest“, Ballet. Anfang 7 Uhr. Donnerstag,

den 29. Abonnement D, 42. Vorstellung: Oper. Anfang 7 Uhr. Freitag, den 30. Abonnement A, 43. Vorstellung, neu einstudirt: „Ein Glas Wasser“. Anfang 7 Uhr. Samstag, den 31. Abonnement B, 43. Vorstellung: „Fidelio“, Frau Lesser-Burkhardt als Gosi. Anfang 7 Uhr. Sonntag, 1. April, Abonnement C, 43. Vorstellung: „Gasparone“. Anfang 7 Uhr.

Nassauischer Kunstverein. Neu ausgestellte Bilder: Von Professor Hans Thoma in Karlsruhe ein Bild: „An der Pöbda“. Von Professor Henseler in Berlin drei Bilder: „Das Frühstück der Mäher“, „Fürst Bismarck“ und „Aus der Franzosenzeit“. Von Ernst Hausmann in Berlin ein Genrebild: „Heimathlos“. Von H. Lessing in Berlin ein Bild: „In Göttern“. Von Leonhard Sandrock in Charlottenburg ein Bild: „Niederländische Landschaft“. Von Oscar Frenzel in Berlin zwei Bilder: „Abendsonne im Moor“ und „Landschaft mit Kühe“. Von Richard Frieze in Berlin ein Bild: „Zu spät“.

Paul Henses Dank. Wir erhalten folgende Zuschrift: „Zu meinem 70. Geburtstag habe ich von allen Seiten so viele Beweise herzlicher Gesinnung erhalten, daß es mir einfach unmöglich ist, jedem Einzelnen besonders zu danken, zumal die Zahl der einlaufenden Briefe, Adressen, Gedichte und Telegramme noch täglich wächst. Ost müßte auch eine Erwiderung darum unterbleiben, weil der Name des Abenders nicht zu entziffern oder die Wohnung nicht angegeben ist, sodas ein gedrucktes Blatt seinen Bestimmungsort schwer erreichen würde. Ich muß daher vorläufig auf diesem Wege auch meine näheren Freunde bitten, an mir nicht irre zu werden, wenn ein Dankeswort spät bei ihnen eintrifft, und, sollte es völlig ausbleiben, darum nicht zu zweifeln, daß die mir so überschwerlich bewiesene Liebe und Güte mir inwieweit wohlgethan hat und in Zukunft, wenn es mit dem Alter Ernst werden sollte, mir zur Herzkraft dienen wird. Paul Hense. Gorbone am Garbasse, 18. März 1900.“

Verschiedene Mittheilungen. Die Wiederherstellungskosten des beschädigten Heine-Denkmal in New-York werden auf 5000 Dollars veranschlagt. Ein einziger Pariser Theaterkritiker, Emile Faguet vom „Journal des Debats“, hat der Wahrheit die Ehre gegeben und in seinem Blatte erklärt, daß ihm die Aufführung des „Aiglon“, Drama in sechs Akten und dreißig Monologen von Rostand, „vor Allem rasend gelangweilt“ habe.

o. Zum Kaiserbesuch. Das Stadtbauamt hat bereits ein Projekt für die gelegentlich des Kaiserbesuchs im Mai dieses Jahres auszuführenden Dekorationen und einen Kostenaufschlag darüber ausgearbeitet.

— Kurhaus. Professor Alexander Straßbach aus Wien, der große Meister der Vortragskunst, wird nächsten Dienstag, den 27. März, nach zehnjähriger Pause wieder einen seiner berühmten Recitationsabende im Kurhaus halten.

— Demetrius. Die große Scene des vierten Aktes aus „Die Räuber“ von Schiller, „Belfagor“ und „Die Wallfahrt nach Aachen“ von Heinrich Heine.

— Musik. Die Direction des Kurhauses hat am 8. Juni im Kurhause dirigieren. Für die Ferienzeit des Kurorchesters ist der H. und K. Hofkapellmeister Eduard Strauß aus Wien mit seiner ganzen Kapelle bereits soweit engagiert.

— Residenz-Theater. Abends hochpoetisches Werk. Wenn wir Todten erwachen, welches am Montag auch hier zur Erstaufführung gelangt und mit dem der hochpoetische Otto Osmaier von Meiningen sein interessantes Gastspiel in der Rolle des Professor Kubel beginnt.

o. Wahl des neuen Stadtbauraths. In der gestrigen geheimen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung berichtete Herr Güth Namens der besonderen Kommission über deren Arbeiten zur Vorbereitung der Wahl des neuen Stadtbauraths.

— Der Allgemeine Vorkauf- und Sparkassen-Verein. G. m. b. H. (Geschäftslokal: Kirchgasse 46), wird, den Zeitverhältnissen Rechnung tragend, von jetzt ab wieder neu eingelebte Darlehen gegen einjährige Kündigung mit 4 pCt. verzinsen.

— Flottenversammlung. Wir machen nochmals auf die morgen Sonntag Abend 8 1/2 Uhr im Gemeindehaus Steingasse 9 stattfindende Flottenversammlung des „Christlichen Arbeitervereins“ aufmerksam, in welcher Sr. Excellenz Herr Vice-Admiral Berner über das Thema sprechen wird: „Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser“.

o. Sozialdemokratische Versammlung. Die sozialdemokratische Parteiversammlung, welche gestern Abend abgehalten wurde, war schwach besucht.

o. Hohes Alter. Herr Privatier Georg Schmitt, ein früherer Landwirth aus Reichelsheim, der seit einer Reihe von Jahren hier lebte, ist heute Früh im 97. Lebensjahr gestorben.

— Kleine Notizen. In der aus dem Darmstädter Täglichen Anzeiger abgedruckten Notiz ist der Verbindungsstreif zwischen Freiluftathmer und Dauer-Inhalatoren zu freieren, indem es sich hier um zwei Arten von Apparaten für Gesundheits- und Krankenschutz handelt.

— Wiesbaden, 23. März. Das Militär-„Wochenblatt“ meldet: Oberl. Apell, à la suite des 1. Nass. Inf.-Regts. Nr. 87, in das Inf.-Regt. von der Marwitz (8. Bann.) Nr. 61 verlegt; o. Dr. G. H. Hauptm. und Comp.-Chef im Fü.-Regt. v. Gersdorff (Hess.) Nr. 80, zur Vertretung eines Lehrers zur Kriegsschule in Ungers kommandirt; v. He, Oberleut. im Inf.-Regt. v. Wurde (4. Bann.) Nr. 21, kommandirt zum Kadettenhaus in Dranienstein, unter Verlegung in das Gren.-Regt. König Friedrich I. (4. Div.) Nr. 5, Grube, Hauptm. à la suite des Kadettenkorps und Militärlehrer am Kadettenhaus in Dranienstein, in gleicher Eigenschaft zur Haupt-Kadettenanstalt, Brandt, Oberleut. im Gren.-Regt. König Friedrich II. (3. Ostpreuss.) Nr. 4, unter Stellung à la suite des Regts., zum Kadettenhaus in Dranienstein ver-

legt; Dilm (Mag), Leut. im 5. Hess. Inf.-Regt. Nr. 68, zum Erzieher in Dranienstein kommandirt; Abel, Bieefeldw. im Landw.-Bezirk Wiesbaden, zum Leut. der Res. des Königin Elisabeth Garde-Grenadier-Regts. Nr. 3 befördert; zu Leutnanten sind befördert die Fähndrich v. D. Lippe im 1. Nass. Inf.-Regt. Nr. 87, Bernick im 2. Nass. Infanterie-Regiment Nr. 88, die Postexpedienten v. Wegener vom Fü.-Regt. v. Gersdorff (Hess.) Nr. 80, Drexel, vom Nass. Feldartillerie-Regiment Nr. 27; Jung, Bieefeldw. im Landwehrbezirk Wiesbaden, zum Leut. der Res. des Fü.-Regts. v. Gersdorff (Hess.) Nr. 80, Schmitz, Bieefeldw. in demselben Landwehrbezirk, zum Leut. der Res. des 2. Großh. Hess. Feldart.-Regts. Nr. 61, befördert; v. Soeben, Leut. im Schleswig-Polstein. Train-Bat. Nr. 9, angeschlossen und zu den Res.-Offizieren des Nass. Feldart.-Regts. Nr. 27 übergetreten; Baile, Rittmeister der Kav. 1. Aufgebots des Landwehrbezirks Wiesbaden, mit der Erlaubnis zum Tragen seiner bisherigen Uniform, der Abschied bewilligt; Unterarzt d. Res. Dr. Tiege, Wiesbaden, zum Ass.-Arzt, Dr. Pfeiffer, Mar.-Unterarzt d. Res. im Landwehrbezirk Wiesbaden, zum Ass.-Arzt der Res. der Marine-Sanitäts-Offiziere befördert; Dr. Burmeister, Marine-Ober-Ass.-Arzt der Seewehr 1. Aufgebots im Landwehrbezirk Wiesbaden, der Abschied bewilligt.

Gerichtssaal.

d. Wiesbaden, 24. März. (Schwurgericht. Fortsetzung aus dem Morgenblatt.) Um 3 Uhr Nachmittags wurde die Verhandlung wieder eröffnet. Johann W., der zunächst vernommen wird, hatte 6 pCt. des Umlages zu erhalten; garantiert waren ihm 3600 Mk. jährlich. In den Büchern findet sich weder etwas darüber, wie viel er zu erhalten hatte, noch wie viel er erhalten hat. Seine ganze Honorarforderung läßt er bei Ausbruch des Konkurses ebenfalls ein. Die Firma Janssen hat dem Angeklagten Karl W. einige 30,000 Mk. mehr kreditirt, als sich aus den Büchern des Angeklagten ergibt. Jetzt hat diese Firma noch über 100,000 Mk. zu bekommen. Mit der Bilanz vom 31. Dezember 1897 soll der Angeklagte den Prokurist Höflich und den Kommanditist Kirchner herangezogen haben, und zwar dadurch, daß er in dieser Bilanz das zweifelhafte Privatkonto von 50,000 Mk. anführte und verschiedene Wechselaccepte im Betrage von einigen 40,000 Mk. nicht anführte. Höflich hat der Bilanz Glauben geschenkt und ist als Prokurist in das Geschäft eingetreten. Höflich stellte 20,000 Mk. Kaution, die bei einer Bank niedergelegt wurden. Diese 20,000 Mk. soll der Angeklagte ohne Einwilligung des Höflich für sein Geschäft verwendet haben. Der Angeklagte hingegen sagt, die 20,000 Mk. seien eine Bürgschaft des Höflich, die dieser für die Firma Winkler u. Co. geleistet habe, gewesen, und hätten für die Firma verwendet werden können. Der Angeklagte annoncierte zur fraglichen Zeit, daß eine Weinhandlung im Rheingau, deren Inhaber selbst 200,000 Mk. im Geschäft stecken habe, einen Kommanditisten suche. Zeuge Kirchner trat auf dieses Inserat hin mit dem Angeklagten in Verbindung. Nach ihm soll der Angeklagte dann noch die gefällige Bilanz vorgelegt haben. Der erste Zeuge Josef Wdt, Kassirer des Vorshühnervereins zu Elmville, hat zuerst die Bücher des Angeklagten geprüft. Er hat gleich eine ungefähre Ueberschuldung von 127,000 Mk. festgestellt. Der Vater des Angeklagten war in den Büchern mit etwa 14,000 Mk. belastet, dabei findet sich aber auch ein Aktivum des Vaters in den Büchern über etwa 13,000 Mk. für geleisteten Wein. Nach Ansicht des Zeugen hat der Angeklagte Johann W. dieses Aktivum noch rasch eingeschrieben, ohne eine thatsächliche Unterlage dafür zu haben, nur um seinen Vater gegenüber dem Passivum von 13,000 Mk. entsprechend zu entlasten. Der Zeuge schildert den Angeklagten Karl W. als einen Prahlhans, einen Menschen, dessen moralische Eigenschaften man in Elmsville nicht sehr hoch geschätzt habe. Zeuge Dr. Schöndgen soll darüber Auskunft geben, ob der Prokurist Höflich einhundertmal unzurechnungsfähig sei. Der Arzt beruft sich auf sein Amtsgeheimnis. Daraus hin wird der Prokurist Höflich gefragt, ob er den Herrn Doktor von seinem Amtsgeheimnis entbinde. Natürl. sagt Höflich, und der Arzt schildert ihn darauf als hochgradigen Neuralstiker, als Sonderling, der aber nicht geisteskrank sei. Herr Dr. Fischer sagt ähnlich über Höflich aus. Herr Rechtsanwält Kessen, der der letzte Konkursverwalter in dem Winkler'schen Konkurs gewesen ist, sagt, die Bücher seien ganz unübersichtlich unordentlich geführt worden. Der jetzige Stand des Konkurses ist der, daß der Hauptgläubiger Janssen noch 190,000 Mk. und der Hauptgläubiger Vater Winkler noch 130,000 Mk. geltend machen. Wenn's gut geht, könnten 6 pCt. herauskommen. Außer der Wechselkreiterei mit Janssen ist nach Ansicht des Zeugen die unrichtige Kreditverwahrung des Angeklagten an Wirtke und die moralisch nicht zu billigende Kreditverwahrung an den Angeklagten Karl W. durch die Firma Janssen mit Schuld an dem raschen und vollständigen Zusammenbruch des Geschäftes. Für bodenlos leichtsinnig hält der Zeuge den Angeklagten Karl W. So wurde nach Eröffnung des Konkurses noch ein ganzer Haufen Blanko-Receipts in den Besitz des Haushalters des Angeklagten gefunden, wenn wir den Zeugen nicht mißverstehen haben. Ferner sei z. B. Worgens der Prokurist Höflich aufs Bureau gekommen und habe gesehen, daß ein Wechsel fällig sei. Er habe sich hingeseht, ein Receipt angefertigt und an Janssen geschickt. Nachmittags sei der Buchhalter gekommen, der habe das Wechsel gesehen und dasselbe gethan und schließlich sei ein Accept auch noch von Karl W. angefertigt und an Janssen geschickt worden. Der Zeuge hat gehört, daß Karl W. im Gefängnis sich höchst ungeduldig benommen, daß er in einem Deliriumzustand gewesen sei, so, daß sogar der Gerichtsdienster das Urtheil gefaßt habe, seiner Meinung nach halte der Angeklagte die Untersuchungshaft nicht aus. Auf die direkte Frage eines der Herren Verteidiger erklärt der Zeuge, die Bilanzen seien offenbar gefälscht, sei die Lage des Geschäftes günstiger darzustellen, als sie gewesen sei. Auf Antrag der Herren Verteidiger wird Herr Dr. Brihl, der den Angeklagten Karl W. im Gefängnis behandelt hat, geladen, der sagen soll, ob der Angeklagte in der Zeit von 1896 bis 1899 in dem Sinn Potator war, daß man ihn für sein Thun und Lassen nicht verantwortlich machen kann.

Der Krieg in Südafrika.

hd. London, 24. März. Das Kriegsamt veröffentlicht folgendes Telegramm des Generals Joubert: Walter: Kapstadt, 23. März, 5 Uhr 45 Min. Nachmittags: Erhaltete folgendes Telegramm des Generals Bullmer unter dem Datum des 14. März aus Vobatti: Die Buren bringen heute Morgen aus südl. Richtung in bedeutender Stärke vor. Sie kamen aus Good Libing. Nach einem heftigen Kampf zogen sie unsere Vorposten unter dem Befehl des Obersten Badie zurück. Der Rückzug vollzog sich übrigens in bester Ordnung auf die Hauptstellung. Wir haben den Tod eines Leutnants zu beklagen. Mehrere Verwundete werden vermisst. Nachmittags drangen die Buren weiter in nördlicher Richtung vor und beschossen unsere Stellungen von einem Hügel, der unsere linke Flanke bedroht. Unsere Geschütze beantworteten das heftige Feuer. Der Artilleriekampf währte bis Sonnenuntergang fort.

Cost London eingeschifft. Ferner heißt es, das Kriegsamt habe gestern die Meldung erhalten, daß Maseling entsetzt sei, warre aber noch die Befestigung ab.

hd. Berlin, 24. März. Nach einem Telegramm der „Voss. Ztg.“ aus London wird unterm 22. März aus Warrenton gemeldet. Gestern wurde bei Warrenton Strams von der 20. Batterie, unterstützt durch eine leichte Reitertruppe, ein Aufklärungszug unternommen. Es erfolgte ein scharfes Artilleriegefecht, welches den ganzen Vormittag währte. Der Feind hatte vier Geschütze im Kampfe, deren Feuer aber wirkungslos war. Nachdem der Jwed erreicht war, zog sich die Aufklärungstruppe zurück. Während des Gefechts operirte eine Bänker-Abtheilung zu dicht am Flußufer und beognete einzelnen Feuer. Sie konnten sich nicht zurückziehen, und da es unmöglich war, sich ohne Verluste zu befreien, mußten sie bis zur Dunkelheit in ihrer Stellung verbleiben. — Zwei Bewohner von Brüguna erklärten, die große Kanone von Kimberley wurde durch Christiania nach Victoria geschifft. — Nach demselben Blatte wird aus Bloemfontein vom 22. März gemeldet: General Freyman geht langsam mit der Verwundung des Landes vor. Fast sämtliche früheren Landdroste sind wieder eingesetzt, der Soldat nach dem alten System wieder eingerichtet und ein lokaler und auswärtiger Postdienst wieder hergestellt.

hd. London, 24. März. Die „Times“ veröffentlichen folgendes Telegramm aus Jankron vom 22. März: Die Entwaffnung der Bürger des Freistaats vollzieht sich in sehr befriedigender Weise. Einige bessere Farmer erklärten bereits, England müsse ihren Besitz gegen die Buren schenken. Eine Menge Leute, welche von den Truppen des Kommandanten Olivier zurückgelassen wurde, sind wieder in unsere Hände.

London, 23. März. Die „Times“ melden aus Springfontein vom 22. März: Gegenüber der jetzigen Unterwürfigkeit der Freistaatsbürger ist Vorsicht geboten. Es sind Beweise vorhanden, daß deren Haltung nicht ganz aufrichtig ist. Eine große Anzahl der von ihnen übergebenen Gewehre sind ziemlich werthlose Waffen.

wb. London, 24. März. Das „Neuer'sche Bureau“ meldet aus Kronstad: Die Freistaatsburen kehren in großer Anzahl zurück. Die Regierung verharret bei ihrem entschlossenen Widerstand. Es werden Kommandos in großer Anzahl mobilisirt. Die Bürger sind entschlossener denn je. Eine Proklamation ist erlassen worden, worin Präsident Steyn die Bürger auffordert, dem Anruf zum Militärdienst Folge zu leisten, den Engländern in keiner Weise zu helfen oder die Waffen niederzulegen, wenn sie nicht durch eine dringende Nothwendigkeit dazu gezwungen würden. Jeder, der diese Vorschriften nicht achtet, würde, als des Hochverraths schuldig, der schärfsten Strafe des Kriegsrechts unterliegen.

wb. Warrenton, 23. März. (Neuer-Meldung.) Der Feind richtete gestern gegen die Brückenwache ein heftiges Geschwader, welches von den Engländern gelegentlich erwidert wurde. Artillerie trat nicht in Thätigkeit. Angenscheinlich wird einem Flußübergang erbitterter Widerstand entgegengelegt. — Es gingen Nachrichten ein, daß die Farmer an der Nordwestgrenze des Freistaates, welche bereits in ihre Heimstätten zurückgekehrt sind, zurückbeordert wurden und Befehl erhielten, sich über den Fluß nach Transvaal zu begeben.

hd. Berlin, 24. März. Nach einer Meldung aus Rom wird daselbst offiziell der Befehl des Generals des Orange-Freistaates Hendrik Müller bei Visconti Venosta befehligt. Der Minister des Reichens habe nur seine im Parlament gegebene Erklärung wiederholt.

Heroismus. Wird der schreckliche Krieg in Transvaal bald sein Ende erreichen? Nach den letzten Meldungen scheint es nicht der Fall, denn die Buren sind entschlossen, nur die Freiheit oder den Tod zu wählen. So werden auch oft Wunden von Mitleid und Heroismus, von Grausamkeit und Anspornung gegeben werden, denn im Kriege zeigt der Mensch eben seine wahre Natur, lernt aber auch sein Leben für nichts erkaufen. So war z. B. auf einem Schiffe, das eine Anzahl gefangener Buren barg, von letzteren beschossen worden, ein Bootschiff nach Victoria gelangen zu lassen. Ein junger Mann, Boitma mit Namen, wurde dazu bestimmt. In einer dunklen Nacht entkleidete er sich vollständig, befestigte auf seinen Schultern ein Paket, das ein wolleues Hemd, ein paar Beinkleider und einen Hut enthielt und läßt sich ins Meer gleiten, das dort voll von Haien ist. Als er sich an dem Strich hinabgleitet, bleibt die Haut seiner Hände an demselben. Das Seewasser bereitet ihm die größten Schmerzen daran, aber es gelangt ihm, nach mehreren Stunden das Ufer zu erreichen. Seine Flucht war entdeckt, das Ufer wird mit dem Wandlerlicht abgeleuchtet, es gelangt ihm jedoch, sich in einem Felsschluch zu verbergen. Er bleibt dort 2 Tage, dann wagt er sich hervor, erreicht das Dorf Wundberg, wird von Freunden neu equipirt, gleicht sich für einen lokalen Unterthan der Königin aus, der Pferde für die englische Armee aufkauft und reist so eine Zeit lang sogar mit Lord Roberts und seinem Generalstab zusammen. Als er 18 Tage nach seiner Flucht die Vorposten der Buren erreicht, ist das Innere seiner Hände nur noch eine einzige furchtbare Wunde, aber er hat seine Mission erfüllt. — Ein junger Krankenschwäger berichtet in einem Briefe aus Ladysmith, daß, als er einen Tag nach einem Kampf das Schlachtfeld abjudete, er von einem verwundeten Engländer angestrichen wurde, dem beide Arme durchschossen waren. Circa 2 Meter von ihm entfernt lag ein Cigarren-Etui, das jemand in der Schlacht verloren. „Nimmere Dich vorläufig nicht um mich“, sagte der Verwundete, „es liegen hier eine Menge, die nicht warten können, bei mir würd's wohl noch einige Stunden dauern. Aber einen Gefallen kannst Du mir thun. Nimm eine Cigarette aus dem Etui, das ich nun schon so lange betrachte, ohne es erreichen zu können, und stecke sie mir in den Mund.“ Der junge Krankenschwäger that, wie der Verwundete ihn bat und setzte dann die Cigarette in Brand. Das glückliche Geschick, mit dem der Kerlsche rauchte, trieb dem Samariter die Thränen in die Augen. Im Innern der Cigarettenhülle sah letzterer folgende Aufschrift: „Von Alice für Fred in Erinnerung an glücklichere Tage.“

Letzte Nachrichten.

ber. Berlin, 24. März. In der 14. Kommission des Abgeordnetenhauses wurde gestern Abend die Beratung des Gesetzesentwurfes über die Waarenhaus-Steuer fortgesetzt. Absatz 2 von § 2, wonach überschüssende Beträge des Umlages von mehr als 2,000 für volle 50,000 und bei Umlagen von mehr als einer Million überschüssende Beträge von mehr als 50,000 für volle 100,000 gerechnet werden sollen, wurde abgelehnt. Die nächste Sitzung ist auf den 23. März anberaumt. — Das „Kleine Journal“ meldet aus Wien: Hier geht das Gerücht, die Regierung werde gleichzeitig mit der Sanktion der Wahlreform den Gemeinderath auflösen und Dr. Waeger zum Regierungskommissar bis zu dem Neuwahlen ernennen. — Der Abgeordnete Dr. Lieber hat sich, dem „Lokal-Anzeiger“ zufolge, von seiner Krankheit so weit erholt, daß er morgen Abend die Reise nach Camberg antreten zu können hofft.

wb. Straubing, 23. März. Bei dem Juchthausneubau stürzte das Gerüst ein. Drei Arbeiter wurden getödtet, elf schwer und sechs leicht verletzt.

hd. Wien, 24. März. Ueber der Stadt und Umgegend von Wien wüthete gestern ein furchterlicher Schneesturm.

hd. Budapest, 24. März. Die Stadt Rosenberg steht in Flammen.

wb. Paris, 23. März. Vor der „Volksoper“ am Boulevard St. Martin kam es gestern Abend zwischen Vorübergehenden und Theaterbesuchern zu Reibereien. Es wurden mehrere Schüsse abgegeben und einige Personen verwundet, darunter eine schwer.

Die Abend-Ausgabe enthält 1 Beilage.

Verantwortlich für den politischen und literarischen Theil: W. Schulte vom Weser. Für den übrigen Theil und die Anzeigen: G. Witzschel; Druck in Wiesbaden Druck und Verlag der W. Schilling'schen Buch- und Druckerei in Wiesbaden.

Lokal-Sterbe-Versicherungs-Kasse.

Höchster Mitgliederstand aller hiesigen Sterbekassen. Billigster Sterbebeitrag. Sein Eintrittsgeld bis zum Alter von 40 Jahren. — Altersgrenze: 48. Lebensjahr. 600 Mk. Sterberente werden sofort nach Vorlage der Sterbeurkunde gezahlt. — Die Vermögenslage der Kasse ist hervorragend günstig. Bis Ende 1899 gezahlte Renten: 133,818 Mark. — Anmeldungen jederzeit bei den Vorstandsmitgliedern: Heit, Dellmündstraße 37; Lentus, Dellmündstr. 6, und Hübsamen, Wellstr. 51, sowie beim Kassieren Noll-Russong, Dranienstraße 25. F 325

Golfcapes,

Staubmäntel,

garantirt wasserdichte

Reisemäntel u. Pelerinen!

Meyer-Schirg, Kranzplatz.

4161

Eier



(garantirt frische Waare)

25 Stück, je nach Größe 1.20—1.50.

25 Stück Italiener 1.70.

Schwarzwälder Trink-Eier St. 8 Pf.

Schulgasse 6, Buttergeschäft.

Küffel, Blumen und Blattpflanzen, naturgetreu, Herbstlaubweige, Silberblütchen, Weintrauben, stets Neuheiten in einzelnen Blumen für Hüte u. Vasen empfiehlt

H. V. Santen, Friedrichstraße 31, Part.

Weltbund

zur Bekämpfung der Vivisektion Abtheilung Wiesbaden.

Ein Operateur wider die Vivisektion!

Die Operateure sind naturgemäß nicht gegen die Vivisektion, u. dennoch giebt es auch hier Ausnahmen. So schreibt der Chirurg Dr. Guardia, der ein bekanntes Werk: „System der Chirurgie“ verfasst hat, Folgendes:

„Die Lust, zu operieren, veranlaßt manche Chirurgen zu waghalsigen, abenteuerlichen und menschenmörderischen Operationen, und es wäre hohe Zeit, diesen nutzlosen Operationen ein Ende zu machen. Man betreibt nur zuviel Experimental-Chirurgie in den Hospitälern. Man glaubt nicht, in wie hohem Grade die Gewohnheit des Vivisezierens die ganze heutige Operationspraxis beeinflusst.“

Da sollten doch selbst die Operateure u. Chirurgen die Lust am Vivisezieren verlieren!

Beitrittserklärungen zum Weltbunde werden angenommen: Rheinstr. 8. F 443

Philocrin

(gesetzl. geschützt).

Dieses erfrischende Haarwasser ist ein ausgezeichnetes Mittel zur Vorbeugung der lästigen Schuppenbildung; es stärkt die Haare, verhindert deren Ausfallen, sowie das unangenehme Jucken der Kopfhaut.

Philocrin trocknet das Haar nicht aus, sondern macht es glänzend und geschmeidig.

Philocrin ist wasserhell, also nicht färbend und besitzt einen äusserst angenehmen Wohlgeruch. Fl. 1.25 und 2.25 Mk.

Ferner empfehle ich als bewährte Haarwässer zur Anregung des Haarwuchses: 4183

Eau de Quinine

Fl. 1.25 und 2.25 Mk., Ltr. 6.— Mk., sowie

Bay-Rum (St. Thomas)

Fl. ca. 1/2 Ltr. 1.25 Mk., ca. 3/4 Ltr. 2.25 Mk.

Birken-Balsam

Fl. 1.25 und 2.25 Mk.

Dr. M. Albersheim, Fabrik feiner Parfümerien, Lager amerik., deutscher, englischer und französ. Specialitäten, sowie sämtlicher Toilette-Artikel.

Wiesbaden (Park-Hôtel), Wilhelmstrasse 30. Frankfurt a. M., Kaiserstrasse 1.

Versandt nach auswärts gegen Nachnahme. — Ausführliche Preislisten auf Wunsch franco.

Fertige Bettwäsche:

Betttücher

(fertig gestümt).

Weiss Halbleinen

150x200 cm . . . das St. Mk. 1.85

150x220 2.20

Halbleinen, starkfädig,

160x220 cm . . . das St. Mk. 2.05

160x250 3.—

Halbleinen, mittelstark,

164x220 cm . . . das St. Mk. 3.35

164x250 3.75

Hausmacher Leinen

164x220 cm . . . das St. Mk. 4.20

164x250 4.70

Anerkant gute Qualitäten. Extra-Größen und Qualitäten nach Angabe.

Bettbezüge

(fertig genäht).

Carrirt Bettbezug

125x200 cm . . . per St. Mk. 2.20

Kopfkissen dazu 80x80 cm . . . 0.70

Satin Augusta

125x200 cm . . . per St. Mk. 3.35

165x200 4.50

Türkisch roth Damast

125x200 cm . . . per St. Mk. 3.50

165x200 4.50

Weiss Damast

125x200 cm . . . per St. Mk. 3.35

165x200 4.50

Kopfkissen dazu 80x80 cm . . . 1.—

Alles gebrauchsfertig. Nur waschliche Qualitäten.

Kissenbezüge

(eigene Anfertigung).

Schwerer Elsäss. Cretonne

80x80 cm glatt . . . das St. Mk. 1.—

80x80 „ breite Spitze . . . 1.35

80x80 „ eleg. Einsatz . . . 1.50

80x80 „ Masch.-Feston . . . 2.25

Mittelstark Madapolam.

80x80 cm mit Stickerei das St. Mk. 1.75

80x80 „ „ „ „ „ 1.85

80x80 „ „ „ „ „ 2.50

80x80 cm handgebogt . . . 3.20

Prima Flachs-Leinen.

80x80 cm glatt . . . das St. Mk. 1.70

80x80 „ Kippelspitze . . . 4.50

80x80 „ breit. Einsatz . . . 5.—

80x80 „ handgebogt . . . 3.50 mit besten Leinwandknöpfen.

Garantirt gute Arbeit. 2337

Illustrirte Preislisten nebst Stoffmustern portofrei!

Wiesbaden.

Bahnhofstrasse 3.

Carl Claes.

Nur noch 2 Wochen

dauert der Ausverkauf meines Strumpfwaren-Lagers,

bestehend in

Unterhosen, Strümpfen, Jacken u. s. w.,

und gebe dieselben zur **Hälfte des Fabrikpreises** ab.

Langgasse 31. C. A. Feix, Langgasse 31.

500 Paar Kinderstrümpfe zu 20, 30, 40, 50, 60, 70, 80 Pf.

3007



Hurrah!

Wichse ohne Schwefelsäure

Diamant-Grafit-Wichse

von Rud. Starcke, Melle i. Hann.

Ist die allerbeste!

sie putzt am leichtesten, konservirt das Leder, ist im Gebrauch am billigsten. Häufiglich in den Kolonialwaren- und Drogegeschäften.

F 6

Für Consumenten billigste Bezugsquelle für Medicinal- und Tischweine.

a) Medicinal-Tokayer, Original ungar. Traubenwein, 1/1 Fl. M. 1.25, 1/2 Fl. 75 Pf.

b) Medicinal-Samos-Muscatwein, 1/1 Flasche 75 Pf., ohne Glas.

Kerstlicherseits empfohlen, sowie untersucht und attestirt Seitens der Laboratorien: ad a) Professor Fresenius, Wiesbaden, b) Dr. Popp & Becker, Frankfurt a. M., sowie Dr. phil. Wackenroder, Cassel.

Rheinweine, Mosel-, Bordeaux- u. Südweine, Alles nur eigene Abfüllung, nach Spezialliste, zu sonst im Detailverkauf wenig bekannten billigsten Engrospreisen.

C. F. W. Schwanke, Wein-Import, Versandt- u. Consum-Geschäft, directer Verkehr mit Consumenten.

Verkaufsstellen: Wiesbaden, Schwabacherstraße 49, Nähe Michaelsberg. Telephon 414.

Cassel, Martinsplatz, 46 Mittelgasse. Telephon 473.

Für die Reinheit sämtlicher Weine wird Gewähr geleistet, zudem sind dieselben noch der besonderen Controle des vereidigten Nahrungsmittel-Chemikers Herrn Dr. phil. Wackenroder, Cassel, unterliegend.

Für Frühjahr und Sommer

empfehle ich meine eingegangenen

Neuheiten in

Damen-Kleiderstoffen,

Loden, Flanellen für Touristen, Radfahrer, Sport etc.,

Stoffen für Herren- und Knaben-Bekleidung

geschmackvoller Musterung und bekannt gut bewährten Fabrikaten.

J. Stamm, Grosse Burgstrasse 7,

Tuch-, Mode- und Manufactur-Waaren.

3899